

EINBLICKE

CDU-FRAKTION IM STADTRAT DRESDEN

WWW.DRESDEN-CDU.DE



Was lange währt, wird selten gut!

Das Hick Hack um die Corona-Politik in Dresden

VON PETER KRÜGER,
CDU-FRAKTIONSVORSITZENDER



Im letzten Sommer dachte noch kaum jemand an aus dem Ruder laufenden Corona-Fallzahlen und eine vierte bzw. sogar fünfte Welle der Pandemie.

Die bündnisgrüne Fraktion hatte im Juni 2021 einen Niedriginzidenz-Antrag zur Eindämmung des Corona-Virus in den Stadtrat eingebracht. Ein substanzarmer Vorstoß, der für das Gesundheitsamt nur noch mehr Arbeit produziert hätte mit dem Nebeneffekt, den Mitarbeitern auch noch ihre Arbeit zu erklären. Die Folge

war: Der Antrag wurde bis in den Herbst hinein noch drei Mal verändert, bei jeder neuen Lesung im Ausschuss hatte er sich zeitlich selbst schon wieder überholt.

Noch im Oktober hatten das Rathaus und auch das Städtische Klinikum die Situation als gut beherrschbar bezeichnet. Die Mitarbeiterzahl sei ausreichend, diese seien auch geschult. Vier Wochen später drehte sich die Lage plötzlich um 180 Grad und zeigte, dass dem nicht so war. Nachdem Oberbürgermeister Dirk Hilbert im November-Stadtrat trotz angeblicher Dringlichkeit das Thema von der Tagesordnung genommen und wieder in den Gesundheitsausschuss verwiesen hatte, kam das Stadtoberhaupt keine zwei Tage vor der Sitzung plötzlich mit einer

Änderungsvorlage. Etwas Neues beinhaltete diese nicht, es wurde nur alles vorher Gesagte neu formuliert: Alle notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Bekämpfung der Pandemie seien zur Verfügung zu stellen oder die Kontrollen des Ordnungsamtes zum Alkoholverbot im Stadtgebiet auszuweiten.

Auf unsere Initiative wurde die Vorlage dann wieder zurück in den Stadtrat gehoben, was uns massive öffentliche Kritik einbrachte. Doch wenn eine Verabschiedung wirklich so dringlich gewesen wäre, hätte Dirk Hilbert als Chef der Verwaltung auch ohne den Stadtrat geeignete Maßnahmen anordnen können. Auch eine sofortige Sondersitzung des Rates hätte er einberufen können. Die Zeit, uns den Inhalt genau anzuschauen, haben wir uns daher genommen.

Vom Oberbürgermeister hätten wir uns in Sachen Corona-Politik mehr Sichtbarkeit gewünscht. Denkbare gewesen wäre, dass er gemeinsam mit uns Stadträten die Dresdner zum Impfen und vorsichtigem Verhalten aufruft. Oder dass er rechtzeitig umfangreiche Impfangebote für die eigene Belegschaft sowie weitestgehende Homeoffice-Möglichkeiten zur Verfügung stellt.

Im Dezember-Stadtrat stand die Änderungsvorlage nun final auf der Tagesordnung des Stadtrates. Wir haben zugestimmt, allerdings haben wir per eigenem Änderungsantrag die Verpflichtung der Verwaltung zu regelmäßigen Berichten streichen lassen. Kontrollen sind wichtig, aber keine Bürokratie. Gerade in diesen Zeiten.

Peter Krüger,
CDU-Fraktionsvorsitzender
peter.krueger@stadtrat.dresden.de

Quo vadis Dresden?

*Eigenheim oder bezahlbare Mieten:
unsere Kinder und Fachkräfte sollen frei entscheiden*

VON VEIT BÖHM,
BAU- UND VERKEHRSPOLITIKER
CDU-FRAKTION



„Es gleicht einem Sechser im Lotto, ein Eigenheim in Dresden zu bekommen“, so äußerte sich ein Baufinanzierer jüngst in der lokalen Presse. Und damit ist

das Problem bereits auf den Punkt gebracht.

Bauland wird immer knapper und teurer, einen Markt dafür gibt es praktisch nicht mehr. Die Stadt Dresden selbst verfügt kaum noch über Flächen für Eigenheim- und Wohnungsbau. Verfügbare Standorte wurden der kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft WID für kurz- und mittelfristigen Sozialwohnungsbau übertragen. Weitere im Stadtgebiet noch vorhandene unbebaute private Flächen sind aus unterschiedlichen Gründen kurz- und mittelfristig nicht verfügbar. Die Folge ist eine

Stagnation bei der Eigentumsquote und die Abwanderung nicht nur von Topverdienern in die Umlandgemeinden.

Das gleiche Problem haben wir bei der Ansiedlung von Großunternehmen, wie das Beispiel von Bosch im Dresdner Norden zeigt. Für das neue Halbleiterwerk im Gewerbegebiet Rähnitz erwarb die konzern-eigene Wohnungsgesellschaft ein Grundstück in Weinböhlä und errichtet dort Mitarbeiterwohnungen. Gab es für die Fachkräfte keine Wohnungen oder Grundstücke zum Eigenheimbau in Dresden?

Was wir brauchen, sind Zukunftsstrategien für Dresden nicht nur für Gewerbeansiedlungen sondern auch für das Wohnen. Wo sollen die benötigten Arbeitskräfte wohnen. Und auch auf weitere wichtige Zukunftsfragen gibt es bislang keine Antworten: Soll Dresden weiter wachsen? Wie und wo wollen die Dresdner in 15 bis 20 Jahren leben? Was sind uns Fachkräfte in Bezug auf ihre Wohnwünsche wert? Können sich unsere Kin-

der und Enkelkinder noch Eigentum oder Wohnungsmieten leisten?

Als stärkste Fraktion im Stadtrat haben wir diese Fragen nicht nur aufgeworfen, sondern werden auch für deren Beantwortung sorgen. Wir haben mit „Entwicklungsstrategie 2035“ und „Stadt der kurzen Wege“ zwei Anträge eingebracht, mit denen sich der Stadtrat bald befassen wird. Konkret geht es darum, die kommunale Grundstücksstrategie im Allgemeinen auf den Prüfstand zu stellen. In Sachen Gewerbeansiedlung wollen wir insbesondere, dass das Rathaus nicht nur auf Gewerbeflächen Wert legt, sondern auch auf nahe gelegenen Wohnraum für potentielle Fachkräfte, die nach Dresden kommen.

Kurzfristig können wir am Grundstücks- und Mietmarkt wenig ändern, deshalb müssen wir uns jetzt für die Zukunft auf den Weg machen. Unser Ziel ist, dass bei künftigen Ansiedlungen die Stadt den Unternehmen und deren Mitarbeitern möglichst standortnah Angebote für verschiedene Wohnformen und auch den Dresdnern Angebote für bezahlbare Baugrundstücke unterbreiten kann. Dazu sind die entsprechenden Konzepte zu erarbeiten. Geeignete Flächen müssen gefunden, erworben und entwickelt werden. Dazu gehört aber auch die Schaffung von entsprechender Infrastruktur, wie beispielsweise ÖPNV-Anbindung. Die dafür notwendige Zwischenfinanzierung kann aus den immensen städtischen Rücklagen (Ausgabereste) problemlos erfolgen.

Nach fast zehn Jahren immer stärker werdender Abwanderung vor allem junger Dresdner und Familien brauchen wir die Trendwende, so schnell wie möglich.



Veit Böhm,
Bau- und Verkehrspolitiker CDU-Fraktion
veit.boehm@stadtrat.dresden.de

Nach dem Desaster um vergeigte Fördermillionen für 2021

Rat fasst zuständigen Bürgermeister mit Samthandschuhen an



MARIO SCHMIDT,
BAUPOLITISCHER SPRECHER



Fördermittel sind ein wichtiger Bestandteil für die Finanzmittelpflichtung im Haushalt unserer Stadt.

Dresden hat für das vergangene Jahr keinen Cent der Fördermillionen für Stadterneuerungsgebiete bekommen. Alle fünf Anträge wurden vom zuständigen Ministerium abgelehnt, darunter das Umfeld des Fernsehturms oder die alte Operette in Leuben. Das wissen wir offiziell seit Anfang November 2021 aus dem Rathaus. Grund: die nicht fristgerechte Einreichung der Anträge. Das Agieren des zuständigen Bürgermeisters Stephan Kühn grenzt für uns an einen Skandal. Nach uns vorliegenden Informationen wurden die Fördermittelanträge zwar formal wegen der verpassten Frist abgelehnt, jedoch wurden auch die Qualitätskriterien nicht erfüllt. Die Einreichungsfrist endete am 28.02.2021, die für die Bewilligung not-

wendige Beteiligung des Stadtrates begann erst Ende März mit der Einbringung der Vorlage in die Gremien. Da für den Oberbürgermeister das Thema scheinbar keine Priorität hatte, wurde der Beschluss im Stadtrat erst im Juli gefasst. Zuvor musste der Tagesordnungspunkt zwei Mal vertagt werden, weil die Sitzungszeit zu Ende war.

Die Qualitätskriterien betreffen vor allem den Bereich Fernsehturm. Bürgermeister Kühn teilte mit, dass das Gebiet nicht förderfähig ist. Das ist falsch. Eine Förderung aus dem entsprechenden Programm kann nur dann erfolgen, wenn städtebauliche Missstände und die konkrete Abhilfe benannt sind. Hier wurde aber seitens der Stadtverwaltung entgegen der Zielstellung des Fördermittelgebers mit touristischen Erwägungen argumentiert. Der Bürgermeister versucht, sich als Opfer des zuständigen (CDU-geführten) Ministeriums für Regionalentwicklung darzustellen, welches unerwartet die Kriterien geändert und die Finanzspritzen diesmal eher für ländliche Gebiete bewilligt habe. Doch auch das ist falsch. Das Ministerium

hat rechtzeitig darauf hingewiesen, dass die eher kulante Praxis der letzten Jahre diesmal nicht mehr angewandt werde.

Wir wollten nunmehr bereits im November per Eilantrag die Erarbeitung frist- und formgerechter Fördermittelanträge für 2022 erreichen. Ausnahme der Fernsehturm: Da hier ein völlig neues Konzept ausgearbeitet werden muss, macht dies erst für das Jahr 2023 Sinn.

Im Dezember stand das Thema nun endlich auf der Tagesordnung im Stadtrat, die besondere Eilbedürftigkeit war zuvor vom Oberbürgermeister abgelehnt worden. Einer Mehrheit im Rat war das Thema offenbar nicht wichtig genug. Sie lehnte unseren Antrag ab. Stattdessen wurde lediglich beauftragt, andere Fördermöglichkeiten für den Fernsehturm zu finden und auf künftig angemessene Fristen zu drängen.

Mehr als zum Jagen tragen können wir die Verwaltung nicht.

 Mario Schmidt
baupolitischer Sprecher CDU-Fraktion
mario.schmidt@stadtrat.dresden.de

Pro Gendersternchen & Co. – contra generisches Maskulinum?

*Der Oberbürgermeister will sprachliche Vielfalt in der Gleichberechtigung
und riskiert „Unlesbarkeit“*

VON PETRA NIKOLOV,
KULTURPOLITISCHE SPRECHERIN
CDU-FRAKTION



Radfahrer oder Radfahrende oder Radfahrer*-Innen? Die Diskussion um eine geschlechtergerechte Sprache trifft den Nerv der Zeit, aber bei weitem nicht die Zustimmung der Bevölkerung. Nach einer repräsentativen Umfrage des ZDF finden 71 Prozent der Befragten die Verwendung von Gendersternchen und Sprechpausen „nicht gut“.

In offiziellen Dokumenten der Stadtverwaltung Dresden ist per Dienstanweisung die sprachliche Gleichberechtigung vorgeschrieben, und zwar in der Allgemeinen Dienst- und Geschäftsanweisung (ADA). Unklarheiten gibt es seit längerem über die verwendeten Regeln. Gendersternchen, Doppelpunkt oder geschlechtslose Schreibweisen. Der Stadtbezirksbeirat Loschwitz hatte im letzten Jahr eine städtische Vorlage wegen „Nicht-Lesbarkeit“ abgelehnt und eine korrekte Sprachverwendung angemahnt.


Auf unsere offizielle Anfrage hin teilte uns der Oberbürgermeister mit, das Rathaus könne „eigene Rechtschreibregeln festlegen“. Er sei davon überzeugt, „dass die vielfältigen Möglichkeiten, die Gleichberechtigung ... sprachlich zu berücksichtigen, sinnvoll Anwendung finden“. In der Öffentlichkeitsarbeit/Internetauftritt orientiere man sich an den Empfehlungen der Duden-Redaktion.

Dass bei der Außenkommunikation zumindest auf eine einheitliche Sprache geachtet wird, ist positiv. Warum dann aber in Anträgen und Vorlagen unterschiedliche sprachliche Möglichkeiten genutzt werden, ist nicht nachvollziehbar. Wir sind sowohl für Kinder und Jugendliche Vorbild, als auch für Touristen oder jene, die unsere Sprache lesen bzw. erlernen wollen. All diese Menschen brauchen Klarheit und keine Vielfalt von Punkten, Strichen oder Sternchen. Das gibt es im Englischen auch nicht.

Auch warum man sich nicht am Rat für deutsche Rechtschreibung orientiert, sondern an der Duden-Redaktion, erschließt sich nicht. Der Rat löste schon

vor fast 20 Jahren den Duden als zentrale Instanz für Fragen der Orthographie ab und sagt: Gendersprache ist „eine gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Aufgabe, die nicht allein mit orthografischen Regeln und Änderungen der Rechtschreibung gelöst werden kann“ und empfiehlt das Gendern gar nicht.

Und: Ein bisschen mehr auf die Meinung der Bürger zu geben, würde auch der Dresdner Stadtverwaltung gut tun.

 Petra Nikolov
kulturpolitische Sprecherin
petra.nikolov@stadtrat.dresden.de

